

**Anzug betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza**

25.5234.01

Am 18. März 2025 wurde die vereinbarte Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas aufgehoben und seitdem fliegt die israelische Armee wieder Angriffe auf die Infrastruktur und gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. Die aktuelle Situation in Gaza ist ein menschliches Drama und eine humanitäre Katastrophe.

Seit zwei Monaten blockiert die israelische Regierung jegliche internationale Hilfslieferungen nach Gaza und die Essensvorräte neigen sich dem Ende zu. Die UNO warnt seit Mitte April 2025 vor der schlimmsten Notlage für die Zivilbevölkerung seit Kriegsbeginn. Durch die Blockade ist die Zivilbevölkerung in Gaza vom Hungertod bedroht. Vor allem für die Kinder ist die aktuelle Lage dramatisch. Die internationale Gemeinschaft verurteilt das Vorgehen der israelischen Regierung als untragbar und inakzeptabel.

Ebenfalls am 18. März 2025 hat sich der Ständerat gegen einen sofortigen Zahlungsstopp gegenüber dem Palästinenserhilfswerk der UNO (UNRWA) entschieden. Die humanitäre Tradition der Schweiz muss auch in der Zukunft gewährleistet sein – Menschenrecht, Völkerrecht und humanitäre Hilfe dürfen nicht aufgegeben werden.

Auch der Kanton Basel-Stadt hat im April 2024 aufgrund der verschärften Lage für die humanitäre Nothilfe im Nahen Osten 250'000 Franken an internationale Hilfsorganisationen gesprochen.

In Deutschland bestehen einige Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und Orten in Palästina mit dem Ziel konkrete Hilfsprojekte zu unterstützen, die Infrastruktur sowie die internationale Beziehungen zu stärken und den Dialog zu fördern. So besteht beispielsweise zwischen Köln und Bethlehem bereits seit 1996 eine Städtepartnerschaft.

Der Krieg in Gaza und seine Folgen für die Konflikte im Nahen Osten bereitet vielen Menschen hier in Basel und weltweit grosse Sorgen und lässt uns ohnmächtig zurück. Wir wünschen uns ein starkes humanitäres Engagement und friedensfördernde Massnahmen – im Wissen, dass der Spielraum beschränkt ist.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen, wie so zeitnah als möglich für die Zivilbevölkerung in Gaza Leistungen der Nothilfe gesprochen, welche Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur in Gaza nach dem Krieg und welche Massnahmen zur Milderung der sozialen und psychischen Folgen des Kriegs in Gaza, in den palästinensischen Gebieten und in Israel geleistet werden können.

Namentlich bitten wir um Prüfung und Berichterstattung zu folgenden Anliegen:

- In welcher Form und in welcher Höhe finanzielle Leistungen der humanitären Nothilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza für die Jahre 2025 und 2026 geleistet werden können;
- In welcher Form und in welcher Höhe sich der Kanton Basel-Stadt nach Beendigung des Krieges in der Aufbauhilfe der Infrastruktur mit finanziellen Leistungen für die Zivilbevölkerung in Gaza beteiligen kann;
- Wie sich der Kanton Basel-Stadt an Unterstützungsprogramme zur Behandlung von psychischen Kriegstraumatisierungen aller Betroffenen beteiligen kann und welche friedensfördernden Massnahmen aus der Zivilbevölkerung in Gaza, Palästina und Israel unterstützt werden können;
- Ob der Kanton Basel-Stadt Resettlement-Flüchtlinge – bspw. Kinder ohne Eltern mit einer humanitären Aufnahme eine Zukunft bieten kann;
- Ob eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza oder in den palästinensischen Gebieten zwecks Wiederaufbau und zur Stabilisierung des Friedens eingegangen werden kann.

Oliver Bolliger, Fina Girard, Barbara Heer, Fleur Weibel, Julia Baumgartner, Heidi Mück, Brigitta Gerber, Jo Vergeat, Melanie Nussbaumer, Nicola Goepfert, Hanna Bay, Johannes Sieber, Melanie Eberhard, Béla Bartha, Patrizia Bernasconi, Tonja Zürcher